

Verein Bürger und Kommunen gegen die
Westumgehung Würzburg/B26 e.V.
1. Vorstand Günter Krönert, Duttenbrunn



Nein Danke!

Bericht des Vorstands für die Jahreshauptversammlung am 26.09.2019

Aufgrund der im Mai 2019 vorgenommenen Linienbestimmung und des seit Juli 2019 veröffentlichten Verkehrsgutachtens gibt es einige Neuigkeiten rund um die B26n, so dass wir uns entschlossen haben in 2019 noch eine Jahreshauptversammlung durchzuführen und eine weitere kurz vor der Kommunalwahl im Februar 2020.

In 2018 haben wir Gespräche mit mehreren politischen Mandatsträgern geführt und versucht die Mandatsträger von der Überflüssigkeit und den Nachteilen einer B26n zu überzeugen.

In Zeiten des Klimawandels, einem Absinken der Grundwasserspiegel und eines großflächig einsetzenden Wald- und Baumsterbens wirkt das Straßenneubauprojekt B26n nicht nur überflüssig, sondern geradezu schädlich.

Leider mussten wir feststellen, dass viele Mandatsträger der CSU, SPD und Freien Wählern auf Bundes-, Landes- und Kreisebene nicht zu einem Umdenken bereit sind.

Dies trifft insbesondere auf Politiker aus dem Kreis Main-Spessart zu.

So hat beispielsweise Landrat Schiebel von den Freien Wählern eine Petition unseres Vereins nur ausweichend beantwortet und Staatsminister Glauber (FW, Umwelt) hat uns mit einer Gesprächsanfrage zu den negativen Umweltauswirkungen einer möglichen B26n an das bayr. Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr verwiesen, das dafür zuständig sei.

MdB Hoffmann (CSU), Bgm Sauer und MdL Stolz (FW) nennen eine Verkehrsentlastung im Werntal und eine bessere Autobahnbindung für MSP weiterhin als Gründe für eine B26n, die stärker wiegen, als der Natur-, Grundwasser- und Klimaschutz.

Demgegenüber lehnen MdL Kerstin Celina und MdL Patrick Friedl (B90/Die Grünen) und auch die Mehrheit der verantwortlichen Politiker im Landkreis Würzburg die B26n ab. Landrat Nuß (CSU) hat zuletzt im Juli 2019 die ablehnende Haltung des Landkreises Würzburg in einem Interview mit dem BR bekräftigt, die bis hin zu rechtlichen Mitteln gehen würde.

Von unseren Mitgliedsgemeinden hat Steinfeld bereits seit mehr als einem Jahr einen Rechtsanwalt und wehrt sich so gegen die neu geplanten Straßen um Steinfeld. Geht es nach den B26n-Befürwortern, soll im Süden von Steinfeld der Zubringer Lohr zur B26n gebaut werden und im Norden von Steinfeld die neue Verbindungsstraße nach Wiesenfeld entstehen (sog. „MSP-Spange-neu“). Beide Straßen würden Steinfeld gewissermaßen „in die Zange“ nehmen.

Neue Straßen, damit zusätzlicher Transitverkehr durch die Region fahren könnte, den eine B26n von den Autobahnen A3 und A7 in die Region verlagern würde. Anstatt den Transitverkehr auf den bestehenden Autobahnen zu bündeln, würde er durch die B26n auf das untergeordnete Straßennetz verlagert.

Unser Verein „Bürger und Kommunen gegen die Westumgehung Würzburg (B26n) e.V.“ hält das für eine falsche Verkehrspolitik. Wir setzen deshalb alles daran bereits den ersten Bauabschnitt um Arnstein zu verhindern. Auch weil wir den ersten Bauabschnitt als Teil einer Salamitaktik ansehen, an deren Ende der durchgängige Bau stehen würde.

Aussagen die B26n diene nur der Entlastung im Werntal, sie werde vielleicht nur bis Karlstadt gebaut oder sie sei nicht mehr so schlimm, weil „nur noch“ 2-/3-streifig“ halten wir für Salamitaktik, die nur dazu dient, den Widerstand zu schwächen.

Die B26n als zusätzliche Verbindung zwischen A7 und A3 kann ihre Aufgaben nur durchgängig erfüllen und würde dann soviel Transitverkehr anziehen, dass sie am Ende 4-spurig und autobahnähnlich gebaut werden müsste. Die prognostizierten Verkehrszahlen auf dem Bauabschnitt 4 zwischen Karlstadt und Helmstadt sind in der neuesten Verkehrsuntersuchung aus Mai 2019 mit 16.000 – 18.000 Kfz pro Tag bereits so deutlich gegenüber dem Bundesverkehrswegeplan gestiegen, das wir auch die nächsten Ausbaustufen befürchten.

Wenn es den Befürwortern der B26n wirklich um eine Entlastung der Werntalgemeinden ginge, dann gibt es dazu bessere Alternativen als den Bau einer B26n, deren Linienführung als zusätzliche Transitverbindung geplant ist und zwei Autobahnen verbinden soll.

Ausbau des ÖPNV, Reaktivierung der Werntalbahnlinie für den Personenverkehr, bereits laufender sechsstreifiger Ausbau der A7 und ortsnahe Umgehungen, wo unbedingt notwendig könnten das Werntal mehr als eine B26n entlasten, wären billiger, würden Natur und Umwelt schonen und würden nicht in anderen Orten Mehrverkehr erzeugen, nur um sechs Orte im Werntal zu entlasten.

Nach diesen Grundsatzaussagen möchte ich noch eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Termine und Aktivitäten in 2018 vorstellen und würde dann auf eure Fragen zum Bericht eingehen, bevor wir zum nächsten Tagsordnungspunkt kommen.

Details zu den Terminen werden dem Protokoll der JHV beigefügt, das ihr gerne bei Reinhard Rauch oder Katharina Vautrin-Hofmann einsehen könnt.

Zusammenfassung der Termine und Aktivitäten

Vorstandssitzungen

- 9 Vorstandssitzungen in 2018
- 2 Beirätetreffen (März, September)

Treffen mit Politikern und weiteren Verantwortlichen

- MdB Frau Dr. Manuela Rottmann (B80/Die Grünen) im Februar
- MdB Herr Alexander Hoffmann (CSU) im September
- Mandatsträger im Landkreis Würzburg gemeinsam mit BN Bayern (Herr Mergner) im Mai die Staatssekretäre Eck und Zellmeier in Arnstein bei CSU-Wahlveranstaltung im August
- Bürgermeister der Allianz Waldsassengau im September

- Treffen mit Dr. Werner Reh, ehemaliger Sprecher AK Verkehr beim BUND im April

Schriftwechsel mit Politikern

- **Sept 2018 an Staatsministerin Fr. Ilse Aigner bzw deren Nachfolger Hr. Staatsminister Hans Reichart.** Nach langem Hin- und Her hatten wir einen Gesprächstermin im Staatsministerium im Sept. 2019.
- **August 2018 an das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur** – mit Rückmeldung von Staatssekretär Bilger, der keine Probleme auf dem nachgelagerten Straßennetz durch einen abschnittsweisen Bau sieht.
- **Juni 2018 Petition an Landrat Schiebel (Landkreises Main-Spessart);** Petition auf Verkehrsentlastung vom Transitverkehr durch ohne Straßenneubau und Flächenversiegelung mit einer B26n. Ohne Reaktion.

Gesprächstermine mit Vertretern des staatlichen Bauamts

- Im staatl. Bauamt in Würzburg (März, August)
- Nach einer Bürgerversammlung in Lohr (Juni)
- Nach einer Stadtratsveranstaltung in Karlstadt (Juli)

Darstellung der Pläne/Auswirkungen und der Position des Vereins bei Informationsveranstaltungen

- Gemeinderat Himmelstadt (März)
- Bürgerversammlung der Gemeinde Birkenfeld/Billingshausen (April)
- Infostand in Karlstadt im Mai
- Protestveranstaltung gegen den Flächenverbrauch gemeinsam mit BN Bayern im Mai (Richard Mergner) in Waldbrunn und in Karlburg
- Postkartenaktion zur Aktivierung von Bgm Herrn Dr. Paul Kruck (Karlstadt) im Mai/Juni
- Infostand vor der Stadtratssitzung Karlstadt im Juli
- Infostand in Steinfeld/Hausen im August
- Bei einer Bürgerversammlung in Hettstadt im November
- Bürgerversammlung in Steinfeld im November